

Einladung

Justiz nach Kassenlage

"Die Abhängigkeit der Unabhängigen"

Verein der Freunde des Bayerischen Obersten Landesgerichts e.V.

Das Bundesverfassungsgericht hat vor wenigen Wochen die bereits acht Jahre andauernden Untersuchungshaft eines noch nicht rechtskräftig verurteilten Angeklagten gerügt und das Versagen des Staates angeprangert, die Justiz mit den erforderlichen personellen und sachlichen Mitteln auszustatten. Der Bayerische Landtag hat - einer Richtlinienentscheidung des Ministerpräsidenten folgend - im Jahre 2004 das Bayerische Oberste Landesgericht im Zuge der allgemeinen Sparpolitik abgeschafft. Die Proteste der Fachwelt wurden beiseite gelegt, weil Eingriffe in die Gerichtsorganisation kein zahlenmäßig relevantes Wählerpotential berühren. Proteste gegen andere Sparvorhaben - Streichung von Zuschüssen für Trachtenvereine, Akademien, Ballettkompanien, für Einrichtungen der Erwachsenenbildung, usw. - hatten dagegen durchaus Erfolg. Für eine leistungsfähige Justiz fehlt aber nicht nur das Wählerpotential, sondern auch ein verfassungsrechtlich gesicherter Anspruch auf rechtzeitige Anhörung und sorgfältige Abwägung im Gesetzgebungsverfahren, wie ihn jede Gemeinde aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechts genießt. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat vielmehr entschieden, dass die Gerichte, die Anwaltschaft und das Notariat bei Eingriffen in die Gerichtsorganisation kein Anhörungsrecht haben und Sparmaßnahmen im Justizbereich auch dann verfassungsgemäß sind, wenn sie für sich betrachtet keinen signifikanten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung darstellen. Die Leistungsfähigkeit der Justiz hat damit verfassungsrechtlich weniger Gewicht als kleinere Einsparungsbeträge. Eine möglichst billige Justiz nach Kassenlage kann also jederzeit an die Stelle des heutigen, immer noch leistungsfähigen Gerichtswesens treten.

Die Freunde des Obersten Landesgerichts möchten dazu beitragen, dem Versagen des Staates bei der Erfüllung einer seiner elementarsten Aufgaben entgegenzuwirken. Sie wollen die Öffentlichkeit auf die drohende Erosion eines Grundpfeilers jeder staatlichen Ordnung aufmerksam machen und Wege aufzeigen, wie durch eine Stärkung der rechtsprechenden Gewalt erreicht werden kann, dass der Anspruch auf Schutz durch die Rechtsordnung nicht immer wieder hinter vielleicht wünschenswerten, aber keineswegs lebenswichtigen Subventionsleistungen zurückstehen muss.

Einladung

zur Podiumsdiskussion

Justiz nach Kassenlage - die Abhängigkeit der Unabhängigen

am Donnerstag, den 1. Juni 2006 um 18.00 Uhr

im SZ-Forum

Am Färbergraben 14

(Bitte diese Einladung am Einlass vorzeigen)

Auf dem Podium:

Direktor des Amtsgerichts Horst Böhm, Vorsitzender des Bayerischen Richtervereins
Professor Dr. Johannes Hager, Ludwigs-Maximilians-Universität München
Rechtsanwalt Anton Mertl, Präsident des Bayerischen Anwaltverbandes
Professor Dr. Walter Odersky, Präsident des Bundesgerichtshofs a. D.

Moderation:

Christian Faul, Bayerischer Rundfunk, Landtagskorrespondent